

Betreff:	Schulwegsicherung in Moabit-West aus AZ-Mitteln		Drucksache
Status:	öffentlich		Drucksache-Sammeldokument
	Ursprung	aktuell	Beschlüsse
Initiator:	Fraktion der SPD	Bezirksamt Mitte von Berlin	Sachverhalt
Verfasser:	Mahr Vierhufe Fraktion der Piraten Freitag		Anlage/n
Drucksache- Art:	Antrag	Vorlage zur Kenntnisnahme	Anlagen:
		Beteiligt: Piratenfraktion	1. Antrag SPD vom 15.10.2013
Beratungsfolge:			2. Beschluss vom 24.10.2013
	BVV Mitte von Berlin	Entscheidung	3. VzK vom 14.01.2014
	24.10.2013 TO 24. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin	ohne Änderungen in der BVV beschlossen	4. Zwischenbericht
	BVV Mitte von Berlin	Entscheidung	5. VzK vom 11.01.2016
	23.01.2014 TO 27. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen	6. Schlussbericht
	BVV Mitte von Berlin	Entscheidung	
	21.01.2016 TO 46. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin	mit Abschlussbericht zur Kenntnis genommen	

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

(Text siehe Rückseite)

Bezirksamt Mitte von Berlin
Abteilung Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung

44600 .12.2015

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.
1091/IV

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

über

Schulwegsicherung in Moabit-West aus AZ-Mitteln

Wir bitten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am **24.10.2013** folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1091/IV):

Das Bezirksamt wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der VLB zu prüfen, inwieweit eine Sicherung der Schulwege hin zur Miriam-Makeba-Grundschule in Moabit aus AZ-Mitteln zeitnah darstellbar ist. Ziel ist die Schaffung zweier Fußgängerüberwege bzw. Zebrastreifen in der Beusselstraße auf Höhe der Zwinglistraße und der Erasmusstraße, wie dies auch die Initiative "Engagement Berlin Moabit" und die Stadtteilvertretung Turmstraße befürworten.

Der BVV Mitte ist bis zum **31.12.2013** Bericht zu erstatten.

Das Bezirksamt hat am **05.01.2016** beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu nachfolgenden Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen.

Der Bezirksverordnetenversammlung ist mit Beschluss des Bezirksamts vom **07.01.2014** ein Zwischenbericht zur Kenntnis gebracht worden.

Das Vorhaben ‚Schulwegsicherung in Moabit West‘ wird weiterhin von den für das AZ-Programm zuständigen Stellen positiv eingeschätzt. Dass es trotzdem bislang nicht zu einer Planung und einer projektbezogenen Beantragung von Mitteln im Programm gekommen ist, erklärt sich folgendermaßen:

Die Beusselstraße ist eine übergeordnete Hauptverkehrsstraße. Damit liegt die Zuständigkeit bei der Senatsdienststelle. Für die Beusselstraße liegen bereits zwei Untersuchungen, welche von Senatsseite veranlasst worden sind, vor. Dabei handelt es sich um eine Untersuchung zur Lärminderung und um eine Untersuchung zur Radwegführung.

Angestrebt wird eine Maßnahme, in der die Aspekte der Lärminderung und der Radwegführung um weitere Aspekte und entsprechende Planungen, z.B. zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Steigerung der Aufenthaltsqualität, ergänzt werden sowie diese durch eine Finanzierung im AZ-Programm unterlegt werden. Damit ist eine umfassende Maßnahme geplant.

Die Planung ist allerdings von der Entwicklung des Verkehrs in der Beusselstraße vor dem Hintergrund der Schließung des Flughafens Tegel und der weiteren dortigen Entwicklung abhängig. Die Beusselstraße ist derzeit ein viel genutzter Zubringer für den Flughafen. Von Seiten der zuständigen Abteilung des Senats ist daher klar gestellt worden, dass eine Planung erst in Kenntnis der Entwicklung erfolgen kann; also gegebenenfalls nach Schließung des Flughafens.

Einzelne Maßnahmen isoliert vorzuziehen ist insofern nicht möglich, als dass sich diese in eine Gesamtplanung einfügen müssten. Ein gegebenenfalls notwendiger Rückbau einer vorgezogenen Maßnahme im Rahmen eines dann weitergehenden Umbaus ist schon aus förderungstechnischer Sicht zu vermeiden.

Das Projekt des Umbaus der Beusselstraße wird grundsätzlich weiter verfolgt, verzögert sich aber vor dem Hintergrund der obengenannten Problematik.

A) Rechtsgrundlage: § 13 i.V. mit § 36 Bez.VG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:	keine
b) Personalwirtschaftliche Ausgaben:	keine

Berlin,

Bezirksbürgermeister Dr. Hanke

Bezirksstadtrat Spallek

Legende

AU	Ausschuss	TO	Tagesordnung	DRS	Drucksache
BVV	BVV	AM	Aktenmappe	DLE	Drucksachenlebenslauf
FR	Fraktion	NIE	Niederschrift	BES	Beschlüsse
KP	Sitzungsteilnehmer	NA	Auszug	REA	Realisierung
		AN	Anwesenheit	KA	Kleine Anfragen

Kontakt

Bezirksamt Mitte von Berlin

13341 Berlin (Postanschrift)

Tel.: (030) 9018-20

Fax: (030) 9018- 32010

E-Mail

(mailto:buergeramt@ba-mitte.berlin.de)

 Kontaktformular

Hinweise zur Übersendung elektronischer Dokumente mit qualifizierter Signatur